

baz BASELLAND

BASEL-STADT, SCHWARZBUBENLAND



Martin Batzer – hier an der GV des Theaters Basel – appelliert an die Basler Politik.

KENNETH NARS

«Baselland nicht auf dem Buckel des Theaters erziehen»

Theater Basel Verwaltungspräsident Martin Batzer zum offenen Brief

VON CHRISTIAN FLURI

Das Theater Basel appelliert in einem offenen Brief an die Politik in Basel, das Theater nach dem Baselbieter Nein zur Subventionserhöhung nicht im Stich zu lassen. Der offene Brief ist als eine Art Petition angelegt: Er kann von der Website heruntergeladen werden und soll von möglichst vielen Theaterbesucherinnen und -besuchern unterzeichnet werden. Verwaltungsratspräsident Martin Ch. Batzer erklärt den Grund der Aktion.

Herr Batzer, weshalb fordern Sie die Politik in einem offenen Brief auf, das Theater zu unterstützen?
Martin Ch. Batzer: Wir müssen das Baselbieter Nein zu den Theatersubventionen als Fakt akzeptieren. Aber es darf nicht sein, dass Basel-Stadt nun auf dem Buckel des Theaters Basel, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auf dem Buckel unseres

grossen Publikums das Baselbiet erziehen will. Basel kann sich ja nicht selbst eine Zehe abschneiden und dann zum Baselbiet sagen: «Seht, wie sehr das schmerzt.» Diese Gefahr droht, der wollen wir begegnen.

Sie haben den Brief wie eine Petition gestaltet, hoffen, dass er von möglichst vielen Menschen unterschrieben wird?

Das Theater Basel ist in der ganzen Region breit abgestützt und ist nicht elitär. Es wird getragen von der Bevölkerung aus der ganzen Region, von Baslern, Baselbietern, Solothurnern, Aargauern, von Badensern und Elsässern. Das renommierte Haus für die Stärke der Region und seines Zentrums von grosser Bedeutung.

Sind Sie enttäuscht von der etwas laschen Reaktion der Politik darauf, dass das Theater in Gefahr ist? Oder ist Ihnen das Tempo, mit dem die Politik in Basel einen neuen Subventionsvertrag ausarbeitet, schlicht zu langsam?

Nach dem Entscheid geht der neue Vorschlag in die Kommission und kommt erst dann vors Parlament. Das dauert. Wir aber haben keine Zeit. Die neue Saison beginnt im August und dafür haben wir noch keinen Subventionsvertrag. Bereits vor drei Jahren haben wir die Regierungen und Parlamente beider Basel vor dieser Situation gewarnt, haben sie gebeten das Geschäft früh genug zu behandeln. Doch die Politik behandelt es in letzter Minute, und das Referendum in Baselland kostete nochmals sechs Monate. Nun stehen wir genau vor der verheerenden Situation, vor der wir gewarnt haben.

Nun weiss das Theater ein halbes Jahr vor Saisonstart nicht, wie viel Geld es zur Verfügung hat?

Hier geht es um Menschen, um Ar-

beitsstellen. Es geht doch nicht, dass die Politik die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Unsicherheit lässt. Ich verstehe diese Menschen, die auf ihrem Anspruch bestehen, wenigstens zu wissen, wie es weiter geht, ob sie im August noch einen Job hier haben.

Sie fordern die Basler Politik auf, mit Ihnen einen Finanzierungsplan auszuarbeiten. Haben Sie Vorstellungen davon?

Beide Kantone müssen nochmals über die Bücher. Sicher wird Basel-Stadt nicht einfach die nun fehlenden vier Millionen Franken übernehmen. Aber Basel-Stadt muss sich für eine Übergangszeit etwas überlegen. Zudem habe ich vernommen, Baselland habe 2010 wieder viel mehr Steuern eingenommen. Damit würde auch die Kulturpauschale, die an die Stadt geht, grösser. Doch, ob es sich hier um Gerüchte handelt, ob es wahr ist, dass weiss derzeit nur die Baselbieter Regierung. Wichtig ist uns, dass die Politik nun schnell aktiv wird.

Weil Sie in völliger Planungsunsicherheit stecken?

Es ist schlimmer. Wir müssen Verpflichtungen eingehen, damit wir im August unserem Publikum das bieten können, was von uns verlangt wird. Wir müssen mit Künstlerinnen und Künstlern Verträge abschliessen und können sie nicht mit Versprechungen vertrösten, sonst kommen sie nicht. Gute Künstler sind nicht von heute auf morgen zu finden.

Sie warten also dringend auf den Entscheid der Basler Regierung?

Am kommenden Dienstag will die Regierung entscheiden. Insbesondere ist es für uns wichtig, Planungssicherheit für die Zukunft zu haben, dies kann nur mit längerfristigen Zusagen erzielt werden.

Mehr Flexibilität in der Bildung erwünscht

Ausbildung Bildungsinstitutionen sollen flexiblere Angebote für Personen mit Familienverpflichtungen unterbreiten.

VON ESTHER JUNDT

Familie und Beruf zu vereinbaren ist heute dank den Tagesstrukturen für Kinder einfacher als vor einigen Jahrzehnten. Schwierigkeiten haben jedoch weiterhin jene Eltern, die sich aus- oder weiterbilden. Diesem Thema widmete sich gestern eine Tagung an der Uni Basel.

Von einer Flexibilisierung der Aus- und Weiterbildung profitiere vor allem die Wirtschaft, sagte Regierungspräsident Guy Morin. Nur mit einem flexiblen Angebot werde es künftig möglich sein, den Mangel an Fachkräften zu beheben. Er wies darauf hin, dass 40 Prozent der Akademikerinnen kinderlos sind. Zudem würden Studierende mit Kind ihr Studium mehr als doppelt so häufig abbrechen wie solche ohne Kind. Gefordert seien nun vor allem die Bildungsinstitutionen.

Eymann für Teilzeitstudiengänge

Erziehungsdirektor Christoph Eymann wies auf eine Befragung hin, laut der es fast die Hälfte der Studierenden schwierig findet, Studium und Kinderbetreuung zu vereinbaren. Rund ein Drittel könne wegen der Kinderbetreuung nicht alle Hochschulveranstaltungen besuchen. Eymann forderte die Hochschulen auf, Teilzeitstudiengänge anzubieten. Bei der Studienplanung und den Prü-

fungsterminen müsse darauf geachtet werden, dass sie flexibel sind. Die Fachhochschulen würden heute schon Teilzeitstudiengänge anbieten. So könne zum Beispiel ein Masterstudium in mehr als drei Semestern abgeschlossen werden.

Eymann verlangte zudem, dass die Hochschulen Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stellen, die für Studierende bezahlbar sind. Im weiteren müsse das Stipendienwesen Studierende mit familiären Verpflichtungen besser unterstützen.

Morin und Eymann betonten, dass die Teilzeitarbeit noch mehr gefördert werden müsse. Vor allem müssten sich berufstätige Personen mit Familienpflichten weiterbilden können, ohne finanzielle Einbussen zu erleiden.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Die frühere Nationalrätin Rosemarie Zapfl präsidiert den Verein «Modell F» der ein Label für flexible Aus- und Weiterbildung herausgibt. Immer mehr Bildungsinstitute würden eine flexible Weiterbildung für Personen mit Familienpflichten anbieten, sagte sie. Die Vereinbarkeit von Bildung, Arbeit und Familien müsse konsequent vorangetrieben werden. Nur so werde es möglich sein, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Diese gestrige Diskussion wurde vom «Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» lanciert. Dieser unterstützt mit spezifischen Projekten Unternehmen, die ein familienfreundliches Angebot machen wollen.



Blick in eine Kindertagesstätte: Eltern, die sich aus- oder weiterbilden, haben bei der Kinderbetreuung oft Schwierigkeiten.

ARCHIV/WAL

INSERAT

Wieder

in die Regierung

am 27. März 2011

Ballmer
Krähenbühl
Pegoraro
Zwick

Überparteiliches Komitee für ein starkes
 Regierungs-Team, Postfach 633, 4410 Liestal
 www.starke-regierung.ch

INSERAT

Modernes Design in Schweizer Qualität



www.heid.ch 4450 Sissach

HEID
 küchenarchitektur